

# Erneuerbare Energien: Den Anteil verdoppeln

Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 Plus

**Wald-Michelbach.** (-) Ein Rückblick über die Hauptversammlung und ein Referat der Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht zur Atomenergie stand im Mittelpunkt einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 Plus Überwald.

„20 Jahre nach dem Super-Gau im Atomkraftwerk im ukrainischen Tschernobyl bleibt diese Katastrophe für uns Mahnung und Auftrag, aus der gefährlichen Kernenergie auszusteigen und die Nutzung erneuerbarer Energien massiv auszubauen“, sagte Lambrecht. „Die Ursache der Katastrophe von Tschernobyl war nicht der schlechte technische Zustand des Kraftwerks, sondern menschliches Versagen. Die Gefahren der Kernenergie sind nicht beherrschbar. Seit 20 Jahren strahlt die Ruine von Tschernobyl Radioaktivität ab und sie wird das in Tausenden von Jahren immer noch tun.“

Dazu kämen der verstrahlte Atommüll und die Anfälligkeit der Kernkraftwerke für terroristische Angriffe aus der Luft. „Wir müssen raus aus der Kernenergie. Deshalb bestehen wir und allen voran Umweltminister Gabriel in der Koalition darauf, dass der mit der Energiewirtschaft geschlossene Ablaufplan zum Ausstieg aus der Atomenergie planmäßig umgesetzt wird“, sagte die Bundestagsabgeordnete weiter. In der Koalition herrsche Konsens darüber, dass verstärkt in die erneuerbaren Energien investiert werden müsse. Ziel der Bundesregierung sei es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Der Anteil am Primärenergieverbrauch solle danach mindestens 4,2 Prozent betragen und der Anteil am Bruttostromverbrauch auf mindestens 12,5 Prozent steigen. Als mittelfristiges Ziel habe die Bundesregierung vorgesehen, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Strombereitstellung bis 2020 auf mindestens 20 Prozent und am Primärenergieverbrauch auf zehn Prozent zu steigern. Langfristig, al-

so bis Mitte dieses Jahrhunderts, solle rund die Hälfte der Energieversorgung mit erneuerbaren Energien bestritten werden.

Man habe aber auch andere Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik durchgesetzt, die nicht nur umweltpolitisch sinnvoll seien, sondern auch die Konjunktur ankurbelten. „Der Verknüpfung von wirksamem Klima- und Umweltschutz mit erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung dient auch das Altbauanierungsprogramm, das wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. 1,5 Milliarden Euro zur energetischen Gebäudesanierung helfen den Handwerksbetrieben, Bauaufträge zu bekommen. Sie helfen der Dämmstoffindustrie und dem Klimaschutz. Das zeigt, wie praxisorientiert die große Koalition an die Lösung solcher Probleme herangegangen ist.“

Abschließend erläuterte Lambrecht die Position der SPD zu Thema Elterngeld. „Auch das Elterngeld ist unserer Initiative entsprungen, wenn sich auch andere jetzt gerne damit schmücken möchten. Auf Betreiben der CSU haben wir jetzt eine Regelung, dass es nicht zwei Monate weniger, sondern zwei Monate länger Elterngeld gibt, wenn sich die Eltern die Erziehungszeit teilen. Ich denke, damit kann man leben. Dafür haben wir durchgesetzt, dass Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld II nicht auf das Elterngeld angerechnet werden und es zudem einen Sockelbetrag von 300 Euro pro Monat gibt. Das Elterngeld ist ein Kernanliegen der SPD.“

Im Verlauf der Zusammenkunft übermittelte Vorsitzender Hermann Eger noch auf die Grüße des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark. Der ehemalige Wald-Michlbacher fühle sich nach wie vor eng verbunden mit seiner Heimatgemeinde und bedankte sich bei den Odenwälder SPD-Senioren für die Gratulation zur Direktwahl seines Mannheimer Wahlkreises bei der letzten Bundestagswahl.